

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Westenthaler, Ursula Haubner
und Kollegen
betreffend Teuerungsausgleich

eingbracht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage betreffend Missbrauch des Innenministeriums für parteipolitische Zwecke in der Sitzung des Nationalrates vom 3. März 2008

Die von Tag zu Tag dramatischer werdenden Vorwürfe des Machtmissbrauchs im Bereich des Innenministeriums und des rücksichtslosen missbräuchlichen Einsatzes von Exekutivbeamten für parteipolitische Zwecke verunsichern und erschrecken die Österreicherinnen und Österreicher. Jede Maßnahme, die Exekutivbeamte gegenüber politischem Druck unabhängiger macht, ist daher wichtig und notwendig. Eine gute Bezahlung ist anerkanntermaßen ein wichtiger Faktor, um Korruption schon im Ansatz zu vermeiden. Wenn in Zeiten dramatischer Teuerungswellen gerade bei unvermeidlichen Ausgabenkategorien die Exekutivbeamten also nur eine Gehaltserhöhung von 2,7 % und eine Einmalzahlung erhalten, die gerade im unteren Einkommensbereich von den Teuerungen und der kalten Progression mehr als aufgefressen werden trägt das nicht dazu bei, die Exekutivbeamten gegenüber Korruption und parteipolitischer Instrumentalisierung resistent zu erhalten. Die aktuelle Belastungs- und Teuerungswelle muss daher auch im Interesse der Sicherheit (aber aus Gründen der Gerechtigkeit selbstverständlich nicht auf diesen Bereich beschränkt) abgedeckt werden, damit die finanzielle Situation Exekutivbedienstete nicht gegenüber politischen Wünschen gefügig macht.

Die durchschnittliche Teuerung in Österreich stieg von 1,5 % im Jahr 2006 auf 2,2 % im Jahr 2007, was dazu führte, dass Österreich in puncto Preisstabilität im Euroraum innerhalb eines Jahres (von Dezember 2006 bis Dezember 2007) vom 3. auf den 8. Platz abgerutscht ist. (APA 431, 15.02.2008) „Was uns auch wehtut: Italien ist preisstabiler als wir.“ so der Direktor der Österreichischen Nationalbank Josef Christl.

Allein die Erhöhung der Mineralölsteuer hatte einen Anteil von rund 7 % an dieser Teuerung. „Brot wurde um fast 7 Prozent teurer, Weizenmehl um fast 9 Prozent, Teigwaren um 13 Prozent – und Butter gar um mehr als 26 Prozent!“ übt der Direktor der Arbeiterkammer Werner Muhm am 15.11.2007 Kritik an diesen Steigerungen. In diesem Jahr ist weiter keine Entspannung der Teuerungen zu erwarten. Im Gegenteil! Wirtschaftsforscher von IHS und WIFO gehen davon aus, dass die Teuerungswelle auch 2008 bei über drei Prozent liegen wird. Brot könnte um zehn Prozent, Gas um sieben Prozent, Fleisch um fünf sowie Mieten um drei Prozent teurer werden, womit die Lohnerhöhungen für 2008 im besten Fall nur aufgefressen werden, so die pessimistischen Prognosen der Experten. (APA 402, 20.12.2007) Angesichts dieser horrenden Preissteigerungen stoßen viele Österreicherinnen und Österreicher, insbesondere Familien, Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher und Bezieher niedriger und mittlerer Pensionen bei Deckung der Lebenshaltungskosten an ihre finanziellen Grenzen. Ja, selbst das Heizen ist für eine Vielzahl von Betroffenen bereits zum Luxus geworden. „Gerade die steigenden Lebenshaltungskosten, vor allem die Teuerungen von Grundnahrungsmitteln und Heizkosten schlagen sich stark auf die schmalen Budgets von Menschen, die in Armut leben, nieder und vergrößert damit den von Armut betroffenen Personenkreis,“ so die Armutskonferenz in einer Aussendung vom 25.11.2007. Diese alarmierende Entwicklung bestätigt Sozialminister Buchinger in der parlamentarischen Anfragebeantwortung 1210/AB vom 30.08.2007, wenn er darauf hinweist, dass „bereits 250.000 Menschen in Haushalten mit niedrigen Pro-Kopf-Einkommen trotz Erwerbsarbeit von Armutsgefährdung betroffen sind.“

„Es ist eine Tatsache, dass in diesem Jahr alles teurer geworden ist, überdurchschnittlich teurer. Solch eine Teuerungswelle hat es noch nie gegeben“, so kürzlich der niederösterreichische Landeshauptmann Pröll. Dazu kommt eine jüngst beschlossene Pensionsanpassung, die, wie sich nunmehr herausstellte, gerade den Niedrigstpensionsbeziehern die Teuerungsverluste bei weitem nicht ausgleicht.

Durch diese Teuerungswelle und die kalte Progression hat der Finanzminister Steuermehreinnahmen in Höhe von 4,3 Milliarden Euro im Jahr 2007.

Nachdem das BZÖ bereits seit Monaten, zuletzt in Form eines Antrages im Nationalrat am 4. Dezember 2007, einen Teuerungsausgleich forderte, dies jedoch vorerst noch von SPÖ und ÖVP abgelehnt wurde, erkennt nunmehr Bundeskanzler Gusenbauer die Notwendigkeit einer

solchen Maßnahme, wenn er im News vom 31.01.2008 mit den Worten zitiert wird: „Mich besorgt die Teuerungsrate der letzten Monate. (...) Und ja, ich halte die Diskussion über eine einmalige finanzielle Maßnahme für sinnvoll.“ So kann sich die SPÖ vorstellen, kleinere Einkommen mit einmalig mindestens 100 Euro zu begünstigen. Mindestpensionsbezieher sollen jedenfalls diesen „Scheck“ gegen die Teuerungen erhalten aber auch Einkommensbezieher von bis zu 2.000 Euro brutto monatlich sollen nach Ansicht der SPÖ davon profitieren.

Im ZIB 2 Interview vom 30.01.2008 bekräftigte der SPÖ-Geschäftsführer Kalina diese Forderung und unterstrich dort die Absicht der SPÖ, „mit einer Einmalzahlung an die Betroffenen auf die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten reagieren zu wollen.“

Trotz dieser klaren Festlegung der SPÖ in dieser Frage blieb ein weiterer Antrag des BZÖ im Nationalrat vom 31.01.2008 in der Minderheit und fand nicht die Unterstützung der Regierungsparteien.

Aus den dargelegten Gründen unternehmen daher die unterfertigten Abgeordneten im Interesse einer Stärkung der Exekutivbeamten gegen parteipolitische Begehrlichkeiten, aber auch im Interesse aller von der Teuerungswelle belasteten Österreicherinnen und Österreicher und damit im Sinne des Erhalts der sozialen Sicherheit in diesem Land einen neuerlichen Versuch und stellen nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz umgehend eine Regierungsvorlage vorzubereiten, die einen finanziellen Teuerungsausgleich in Form einer Einmalzahlung an die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen sicherstellt.“

Handwritten signatures of several members of the National Council, including names like H. Kerschner, S. Schmid, and others, written in black ink.